

Regionalbund

# standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 304 – 14. Jahrgang

**EDITORIAL**



Markus Meier  
Stv. Direktor  
Wirtschaftskammer  
Baselland

## Wie man sich bettet...

In diesem Jahr werden die politischen Weichen neu gestellt: Ende März im Baselbiet mit den kantonalen Wahlen und im Herbst mit den eidgenössischen. Gerade die KMU-Wirtschaft weiss genau, dass es nicht gleichgültig ist, welche Persönlichkeiten im Kanton in der Regierung und welche Parteien im Landrat oder aber in den eidgenössischen Räten auch die wirtschaftliche Zukunft prägen. Und doch muss leider immer wieder festgestellt werden, dass ein ansehnlicher Teil der Stimm- und Wahlberechtigten von ihrem Recht nicht Gebrauch machen – also ihre Stimm- und Wahlzettel unbenutzt zur Seite legen; häufig mit dem Argument, die in Liestal oder Bern machen ja doch, was sie wollen.

Mit Verlaub: Dieses Argument ist sehr kurzsichtig, denn wer in der Politik mitentscheidet, verhindert, dass andere über ihn oder sie – noch fataler: gegen ihn oder sie – entscheiden. Das gilt gerade im «Super-Wahljahr 2011» im Bund und erst recht im Baselbiet. Ein entscheidender Punkt ist dabei sicher, wer in der Baseliener Regierung in den nächsten vier Jahren auch die Wirtschaftspolitik prägt.

Zu diesem zweifellos wichtigen Punkt ist die Haltung der Wirtschaftskammer Baselland eindeutig: Sie empfiehlt allen ihren Mitgliedern, das bisherige Regierungsteam zu bestätigen. Es hat in der vergangenen Legislatur trotz sehr schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen insgesamt gute Arbeit geleistet und dabei auch die Bedeutung unserer KMU-Wirtschaft einbezogen. Das soll auch in den nächsten vier Jahren so sein!

Deshalb: Nehmen Sie Ihr Wahlrecht in diesem Jahr unbedingt in Anspruch und bestätigen Sie Ende März das bisherige bürgerliche Regierungsteam. Denn: Wie man sich bettet, so liegt man! Das gilt auch in der Politik.

**HEUTE IN DER**

## Gewerbezeitung

**MOBILITÄT** 2

auto-schweiz lanciert Kampagne gegen Kostenverdoppelung.

**BÜROKRATIE** 3

Ein Berner Gewerbler fordert die Verwaltung heraus – und büsst es.

**WIRTSCHAFT** 4

Werden der Transportbranche bald 15 000 Chauffeure fehlen?

**REGIERUNGSWAHL** – KMU diskutierten im «Bad Bubendorf» mit vier bisherigen Exekutivmitgliedern.

## Dem bürgerlichen Regierungsteam auf den «KMU-Zahn» gefühlt



Das bisherige bürgerliche Regierungsteam – v. l.: Peter Zwick, Sabine Pegoraro, Adrian Ballmer und Jörg Krähenbühl – stellt sich in diesen Tagen den kritischen Fragen der Baseliener KMU.

BILD TEAM SCHWARZ

Das Baselbiet ist im Wahlkampfieber. Noch bis zum 27. März 2011 versuchen Politikerinnen und Politiker verschiedener Couleur, sich bestmöglich in Szene zu setzen, um (wieder) in den Landrat oder in die Regierung gewählt zu werden. Auch die bisherigen bürgerlichen Regierungsratskandidaten **Adrian Ballmer**, **Jörg Krähenbühl**, **Sabine Pegoraro** und **Peter Zwick** kämpfen um die Gunst der Wählenden. Sie stellen sich an mehreren Anlässen, die von örtlichen Gewerbevereinen

für ihre Mitglieder organisiert werden, brisanten Fragen der KMU-Inhaberinnen und -Inhaber, geben Auskunft über ihre wichtigsten Ziele, die Leistungen der letzten vier Jahre und wagen einen Blick in die Zukunft.

**Sachpolitisch nicht neutral**

Ein Augenschein am ersten Anlass im «Bad Bubendorf» von Mitte Februar zeigte schnell, wieso KMU sich stärker mit der Politik auseinandersetzen sollten, als viele von ihnen eigentlich möchten. «Das Baselbiet

soll auch in Zukunft für KMU attraktiv bleiben. Und dazu brauchen wir die richtigen Leute in der Regierung und im Kantonsparlament», sagte Landrat und Unternehmer **Hansruedi Wirz** in seiner Begrüssung. «Auch wenn wir nicht alle parteipolitisch aktiv oder auf der gleichen Linie sind: Sachpolitisch können wir nicht neutral sein!» Die Vergangenheit habe oft gezeigt, wie wichtig es für KMU ist, sich einzumischen, ja manchmal sogar mit Nachdruck für ihre Überzeugung

und mit eigenen Ideen zu kämpfen. «Für die Umsetzung unserer Interessen braucht es KMU-freundliche Politikerinnen und Politiker.» Als aktuellstes Beispiel nannte Wirz die derzeit laufenden Verhandlungen mit Basel-Stadt für eine in beiden Kantonen gültige Handwerkerparkkarte.



Begrüssung und Einführung durch Landrat Hansruedi Wirz.

**«Wir wollen Handwerker nicht fürs Arbeiten bestrafen»**

Diese Parkkarte war dann auch gleich ein erstes Thema in der anschliessenden Podiumsdiskussion, die von Landrat **Christoph Buser** versiert moderiert wurde. Als Vertreterin des Kantons Baselland steht dabei Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** in

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

**KANTON BASEL-LANDSCHAFT** – Der Regierungsrat will formellrechtliche Lücken schliessen.

## Teilrevision von Verfassung und Gemeindegesetz

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat in einer Sitzung vom 22. Februar 2011 beschlossen, dem Landrat eine Teilrevision der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes zu beantragen.

**Behinderungen bei Fusionsvorhaben vermeiden**

Kantonsverfassung und Gemeindegesetz weisen heute im Bereich der Gemeindefusionen formellrechtliche Lücken auf. Diese müssten bei einer konkret anstehenden Gemeindefusion zuerst noch geschlossen werden. Vorausschauenderweise sollen daher Kantonsverfassung und Gemeindegesetz mit den fehlenden Regelungen ergänzt werden, damit fusionswillige Gemeinden nicht durch eine kantonale Grundlagenerarbeitung in ihrem Zusammenschlussprojekt behindert werden. Geregelt werden sollen beispielsweise der Austritt von fusions-



willigen Gemeinden aus bestehenden Zweckverbänden mit anderen Gemeinden oder auch die Verhältnisse bei fusionierten Einwohnergemeinden und nicht-fusionierten zugehörigen Bürgergemeinden.

**Mehrere kleine Anpassungen**

Weiter sind vier parlamentarische Vorstösse hängig, welche die Rechnungsprüfungskommissionen, einen Gemeindesteuerrabatt, gemeinnützige Arbeit als Sanktionsmöglichkeit

sowie die Gemeinde-Demokratie betreffen. Diese gilt es umzusetzen. Zudem bestehen eine Gesetzesänderungsempfehlung der landrätlichen Geschäftsprüfungskommission zur Frist bei Stimmrechtsbeschwerden sowie eine Bundesempfehlung zur gesetzgeberischen Verhinderung von Korruption. Darüber hinaus ist das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell (HRM2) für die Gemeinden umzusetzen, so dass das Gemeindegesetz in einigen

Punkten terminologisch angepasst und die geltende Gemeindefinanzverordnung total revidiert werden muss. Schliesslich hat die Gesetzesanwendung in der Praxis wiederum einige Regelungslücken zu Tage gefördert, die mit der vorliegenden Teilrevision geschlossen werden.

**Revision ist kostenneutral**

Die Teilrevision ist durch eine Expertenkommission ausgearbeitet worden, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden sowie der Verwaltung zusammengesetzt war. In der Vernehmlassung hat die Vorlage eine gute Aufnahme gefunden. Davon ausgenommen ist der Gemeindesteuerrabatt, der jedoch aufgrund einer überwiesenen Motion vorgeschlagen werden muss. Die Verfassungs- und Gesetzesrevision ist für den Kanton und die Gemeinden kostenneutral.

(Quelle Reg BL)



FORTSETZUNG VON SEITE 1

schwierigen Verhandlungen mit ihrem Kollegen in Basel-Stadt.



Moderator: Landrat Christoph Buser.



Interessiert und konzentriert verfolgen die KMU-Gäste die Podiumsdiskussion.

## REGIERUNG – Das Ziel für die Bisherigen ist klar. Wir brauchen starke KMU!

Auf die Frage des Moderators, was denn genau ihre Forderungen seien, antwortet die Vorsteherin der Sicherheitsdirektion: «Wir wollen eine kostengünstige Karte und praktikable Berechtigungen – aber keine neuen Gebühren und Steuern!» Und die Sicherheitsdirektorin setzte noch einen drauf: «Wir wollen an dieser Parkkarte für Handwerksbetriebe nicht verdienen, sondern nur die administrativen Grundauslagen decken. Denn der Handwerker darf nicht dafür bestraft werden, dass er arbeiten will.»



Volkswirtschaftsdirektor Peter Zwick.

### Mit solider Substanz und Innovation durch die Krise

Dick in der Agenda von Peter Zwick, Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, stand in den letzten Monaten die Finanz- und Wirtschaftskrise. Bei persönlichen Besuchen stellte Zwick fest, dass die Unternehmen dank innovativen Ansätzen die Krise erfolgreich gemeistert haben. «Zudem hat die solide Substanz der Baseltätler Wirtschaft Härtefälle verhindert. Ich bin froh, dass die Politik den Unternehmen nicht allzu stark unter die Arme greifen musste.» Die Entschädigung von Kurzarbeitszeiten habe

gereicht. Und weil grössere Konjunkturprogramme nicht nötig gewesen seien, habe sich der Kanton nicht weiter verschulden müssen. Mit Genugtuung sprach Zwick schliesslich auch über die erreichten Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit der letzten Monate. Er sagte nicht ohne Stolz: «Durch die Einführung eines Koordinators Jugendarbeitslosigkeit konnten wir vielen Jugendlichen eine Stelle vermitteln und gleichzeitig Praktikumsplätze akquirieren.» Nicht zuletzt sei dies auch den Gewerbetreibenden zuzuschreiben, welche dieses Projekt mit grossem Interesse aufgenommen hätten.



Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro.

### Keine Abstriche an der Sicherheit

Jugendliche standen in den letzten vier Jahren auch für Sabine Pegoraro im Zentrum. Sie sprach von einer neuen 24-Stunden-Gesellschaft,

«welche zu jeder Zeit überall hin will.» Dies sei zwar nicht verwerflich, aber es koste mehr Geld, da die Polizei länger und intensiver arbeiten müsse. «Aber ich will nicht auf Kosten der Sicherheit Abstriche machen.» Wichtig ist der Sicherheitsdirektorin auch die Integration von – vor allem jugendlichen – Ausländern. «Wir müssen ihnen Leitplanken setzen, damit sie nicht zwischen Stuhl und Bank fallen.» Dies sei nicht zuletzt auch für das Gewerbe wichtig: «Denn wer fest im Leben steht, ist für die Lehre und somit für das Berufsleben gewappnet.»

### «Ich bin nicht lackiert»

Hohe Kosten und überhaupt die Finanzen sind für Adrian Ballmer, Vorsteher der Finanz- und Kirchenverwaltung, ein heisses Thema. Die «Basler Zeitung» titelte dazu vor kurzem zu seiner Person und Funktion: «Der Lack ist ab». Doch Ballmer stellte klar: «Ich nicht lackiert, also geht auch kein Lack ab.» Gegen den medialen Vorwurf der baldigen Zahlungsunfähigkeit des Kantons Baselland wehrte sich Ballmer entschieden: «Ich versichere Ihnen, wir bezahlen unsere Rechnungen rechtzeitig.» Nicht ohne Stolz wies Ballmer auf die Bewertung der Ratingagentur Standard & Poor's: «Der Kanton Baselland ist mit dem sehr guten Rating AAA/Stabil/A-1+ bewertet – und dies schon seit 2001.»



Finanzdirektor Adrian Ballmer.

### Schweizweit Vorreiter-Kanton

Liebtes Kind und zugleich Sorgenkind ist für Regierungsrat Jörg Krähenbühl, Baseltätler Bau- und Umweltschutzdirektor, die H2. Er freue sich, dass die Umfahrung nach langer politischer Schlacht endlich gebaut werde, und das sei vor allem für die KMU sehr wichtig. «Die stundenlangen Staus sind schlecht fürs Geschäft und die Gewerbetreibenden.» Krähenbühl erachtet daher die Realisierung der H2 als sein grösstes und wichtiges Projekt seiner Amtszeit. Allerdings dauere es noch, bis die Umfahrung für den Verkehr freigegeben werden könne. Bis dahin müsse man sich noch in Geduld üben.



Baudirektor Jörg Krähenbühl.

Mit Stolz sprach Krähenbühl schliesslich auch vom Baseltätler Energiepaket. «Mit diesem Paket gehört der Kanton Baselland zu den Vorreitern bei energetischen Sanierungen und energieeffizienten Neubauten von Wohnungen und Häusern.» Bis jetzt sei man mit dem Verlauf sehr zufrieden. «Es wird noch weitergehen.»

Dass es für Regierungsrätin Sabine Pegoraro und ihre Kollegen Adrian Ballmer, Jörg Krähenbühl und Peter Zwick weitergehen wird, entscheiden am 27. März 2011 nicht zuletzt auch die Baseltätler Gewerbetreibenden.

Tomas Honegger, lic. rer. soc.  
Projektleiter KMU-Förderung

## KMU-WIRTSCHAFT

### BÜRGERSCHAFTSWESEN – Erfolgreiche Neustruktur zugunsten der KMU. Feuertaufe bestanden

Eine Evaluation durch Ernst & Young im Auftrag des seco stellt den KMU-Bürgerschaftsgenossenschaften gutes Zeugnis aus. Die definitive Weiterführung im Rahmen der «Standortförderung des Bundes 2012–2016» ist nach Ablauf der Probezeit Ende 2011 vorgesehen.

### Bürgerschaften mehr als verdoppelt

Die «BG Mitte», der auch die Wirtschaftskammer über den Stützpunkt Baselland angehört, hat den externen Evaluationsbericht zum gewerblichen KMU-Bürgerschaftswesen von Ernst & Young (E&Y) mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft seco kommen die Spezialisten des bekannten Wirtschaftsberatungsunternehmens zum Schluss, dass das Bürgerschaftswesen in der Schweiz seit der Neukonzeption Mitte 2007 bei allen Beteiligten gestärkt werden konnte. Innert kurzer Zeit sei es gelungen, die gesetzten Mengenziele zu erreichen und den Bestand an Bürgerschaften mehr als zu verdoppeln. Ende letzten Jahres konnten so bereits rund 1700 KMU in der Schweiz von einer Bürgerschaft profitieren. Die verbürgten Kredite beliefen sich dabei auf total 215 Mio. Franken.

### Rund 17'000 Arbeitsplätze gesichert

Die Attraktivität von KMU-Bürgerschaften in der Schweiz hat gemäss der umfangreichen Evaluation in den letzten Jahren markant zugenommen. Dank den Aktivitäten der KMU-Bürgerschaftsgenossenschaften konnten in der Schweiz rund 17'000 Arbeitsplätze nachhaltig sichergestellt oder neu geschaffen werden. Der Bericht E&Y geht zudem davon aus, dass im Rahmen des neu strukturierten Systems das Bürgerschaftsvolumen auch in den nächsten Jahren weiter gesteigert werden kann. Verbesserungspotential ortet der Bericht bei den Marketingaktivitäten, der Zusammenarbeit der regionalen Bürgerschaftsgenossenschaften untereinander sowie der Vernetzung mit den zuständigen Stellen auf der Ebene Kantone. Gewerbeorientierte KMU können dank dem vom Bund mit Bürgerschaftsgenossenschaften partnerschaftlich getragenen System des gewerblichen Bürgerschaftswesens von einem erleichterten Zugang zu Bankkrediten profitieren. Seit dem 15. Juli 2007 hat der Bundesrat eine neue, griffige gesetzliche Grundlage zum Bürgerschaftswesen in Kraft gesetzt, welche Bürgerschaftskredite für KMU noch attraktiver machen.

### Mit Solidarbürgerschaften den Fremdkapitalzugang für KMU erleichtern

In der Schweiz bestehen heute drei regionale gewerbliche Bürgerschaftsgenossenschaften (BG Mitte in Burgdorf, OB TG in St. Gallen und CRC-PME in Pulley) sowie die gesamtschweizerisch tätige Bürgerschaftsgenossenschaft der Frauen (SAFFA). Gemeinsam verfolgen sie das Ziel, kleinen und mittleren Unternehmen den Fremdkapitalzugang zu erleichtern, um damit Arbeitsplätze zu schaffen und nachhaltig sicherzustellen. Zu diesem Zweck übernehmen Bürgerschaftsgenossenschaften zur Sicherstellung des vom Unternehmen beanspruchten Bankkredits eine Solidarbürgerschaft.

Verbürgt werden können Kreditbeträge bis CHF 500'000. Der Bund unterstützt die Tätigkeit der gewerblichen Bürgerschaftsgenossenschaften durch die Übernahme des Verlustrisikos im Umfang von 65 Prozent sowie durch Ausrichtung von Verwaltungskostenbeiträgen. Diese ermöglichen es den Genossenschaften die Gesuchsprüfungs- und Überwachungskosten sowie die Risikoprämien tief zu halten und damit KMU vorteilhafte Konditionen zu offerieren.

Als Stützpunkt im Kanton Baselland ist die Wirtschaftskammer der «BG Mitte» angeschlossen, wobei Markus Meier, stv. Direktor der Wirtschaftskammer, als Mitglied des Verwaltungsrates amtiert.

### LINK

www.bgm-ccc.ch



Der KMU-Anlass im Bad Bubendorf bot nach der Podiumsdiskussion noch zahlreiche weitere Möglichkeiten zu vertiefenden politischen Diskussionen.

BILDER T.H.

## IMPRESSUM

### Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgV,  
Schwarztorstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern,  
Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch

Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern  
Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

### Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland  
■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium  
für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft  
Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96,  
4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

Internet: www.kmu.org

e-mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor

Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)

Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

### Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland

e-mail: standpunkt@kmu.org

Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.



## WIRTSCHAFT

**VERGLEICH** – Schweiz besetzt international einen Spitzenplatz.

## Europameisterin bei Innovationen

Die Schweiz ist Europameisterin bei der Innovation. Das geht aus dem Anfang Februar in Brüssel veröffentlichten Innovationsvergleich hervor. Das Schweizer Innovationswachstum ist mit 4 Prozent gegenüber anderen Wirtschaftsstandorten des Kontinents überdurchschnittlich.

Zusammen mit der Schweiz bilden Dänemark, Deutschland, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich die Innovations-Spitzengruppe in Europa, wie das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) mitteilte. In dieser Spitzengruppe beträgt das Wachstum allerdings nur 2 bis 3 Prozent. Eine Stärke attestiert der Vergleich der Schweiz bei den internationalen Patentanmeldungen. Daneben zeichnen die hohe Beschäftigung in der Wissenschaft und der hohe Anteil von KMU sowie der grosse Exportanteil an Hightech-Produkten die Schweiz aus.



BILD KADAL-FOTOLIA

### Zusammenarbeit KMU und Forschung verstärken

Eher unter Mittelwert liegt die Schweiz bei der Zusammenarbeit zwischen KMU und Forschungsinstituten. Auch beim Risikokapital liegt Verbesserungspotenzial. Der Risikokapitalanteil in der Schweiz liegt bei 0,16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In Schweden sind es 0,23 und im Vereinigten Königreich 0,26 Prozent. Die Daten des aktuellen Innovations-Index stammen aus den Jahren 2007 bis 2009. Die kürzliche Wirtschaftskrise ist damit nicht vollständig abgebildet. SDA.

## KMU FRAUEN BASELLAND

### Jahresprogramm 2011

Für das Jahr 2011 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Anlässe geplant. Die Mitglieder erhalten für die Anlässe rechtzeitig Einladungen mit allen notwendigen Detailinformationen.

#### Fitness-Tag der KMU-Frauen

April 2011

#### Führung durch den Basler Zolli

Mai 2011

#### Sommerplausch

August 2011

Die KMU Frauen gehen mit ihren Partnern gemeinsam zum Fischen.

#### KMU Frauen beim Boxen

September 2011

An einer Mitgliedschaft bei den «KMU Frauen Baselland» interessierte Damen sind herzlich eingeladen, an einzelnen der oben aufgeführten Anlässe teilzunehmen und dabei die KMU-Frauen und ihre Tätigkeit in der Praxis unverbindlich kennenzulernen. Wir bitten jedoch um vorherige Anmeldung.

#### Weitere Auskünfte und Anmeldung:

Tel. 061 927 65 58 oder  
kmu-frauen@kmu.org

## POLITKOLUMNE

# Bundesrat oder «Chaos-Truppe»?

**M**an stelle sich vor: Der Verwaltungsrat der Firma «Alles bestens AG» sitzt immer mittwochs zusammen, alle vergraben sich in die Dossiers der eigenen Zuständigkeiten, niemand hat den Überblick über das ganze Unternehmen, und der Protokollführer fliegt raus vor die Türe, sobald heikel wird. Ein so geführtes Unternehmen würde über kurz oder lang scheitern.

Aber genau so «funktioniert» der Bundesrat. Dieser vernichtende Befund über «Mängel im Funktionieren des Bundesrates» ist bundesamtlich offiziell mit Datum vom 27. Januar 2011 von den Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) bei der Kammer der Bundesversammlung abgeliefert worden. Wegen der Übergabe von Kundendaten der UBS an die amerikanischen Behörden sowie des Verhaltens des Bundesrates in der diplomatischen Krise zwischen der Schweiz und Libyen sahen sich die parlamentarischen Oberaufseher über Bundesrat und Bundesverwaltung veranlasst, «gewisse zentrale Mängel der Geschäftsführung des Bundesrates» unter die Lupe zu nehmen, weil «deren Fortbestand leider mehrfach bestätigt wurde».

**W**o liegen die Probleme? Der Bundesrat scheint nach dem Prinzip «Einer gegen alle, alle für keinen» zu wirken. Jede und jeder trachtet danach, die Probleme des eigenen Departementes ohne «Einmischung» des Kollegiums zu schaukeln, selbst wenn die andern sowohl zuständig als auch gemeinsam verantwortlich wären. «Das Departementalprinzip dominiert in der Praxis, so dass das Primat des Kollegialprinzips nicht gewährleistet ist», rügen der Baselbieter SP-Ständerat Claude Janiak und die Genfer SP-Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi als Vorsitzende der beiden Aufsichtsausschüsse diese Arbeitsweise.



**Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der BaZ.**

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

Selbst bilaterale Kontakte zwischen den in ein besonders heikles Dossier involvierten Departementschefs finden «gar nicht oder nur beschränkt» statt. Auch das System der bundesrätlichen Fachausschüsse zur Behandlung spezieller Themenkomplexe «funktioniert nicht». Warum harzt es dermassen im Siebnergremium? Originalton Janiak/Roth: «Das Vertrauensverhältnis zwischen den Bundesratsmitgliedern war zeitweise nicht in genügendem Ausmass vorhanden. Die dauernde und nicht unberechtigte Furcht vor Indiskretionen bewirkt, dass Informationen durch die Departemente zurückgehalten beziehungsweise dem Gesamtbundesrat zu spät zur Verfügung gestellt werden.» Das führe dazu, dass das bundesrätliche Kollegium «seiner Führungsverantwortung als oberste Exekutivbehörde

in wichtigen Dossiers nicht umfassend und zeitgerecht nachkommt.» Dazu kämen Mängel in der Geschäftskontrolle insbesondere bezüglich der Aufträge des Kollegiums an die Departemente und das Fehlen einer zeitgerechten und vollständigen Protokollierung sowie unzureichende Abklärungen grundlegender Rechtsfragen.

**A**uch die Bundeskanzlei bekommt in der Mängel-Inventur ihr Fett ab. Denn sie habe «ihre bedeutsame Aufgabe als Stabsstelle des Bundesrates (...) teilweise nur sehr beschränkt wahrgenommen». Denn «das Büro» des Kollegiums steht dauernd im Spannungsfeld zwischen Kollegialverantwortung und der Departementszuständigkeit. Genau darum wählt eben die Vereinigte Bundesversammlung die Bundeskanzlerin oder den Bundeskanzler. Dank «höheren Weihen», ranggleich mit den Magistratspersonen des Bundesrates, sollte «der achte Bundesrat» als Drehscheibe für Planung und Koordination der Geschäfte im Sitzungszimmer wirken können.

Nur: Wenn Alphatiere unter den Bundesräten der Kanzlerin nach Lust und Laune die Protokollführung ausdrücklich verbieten und ihr sogar die Akteneinsicht verweigern, was klar gesetzwidrig ist, dann nützt jede Legitimation durch die Wahlbehörde nichts.

P.S. Am 16. Februar 2011 teilte der Bundesrat hochoffiziell mit, er habe gewissermassen rückwirkend «bereits Ende vergangenen Jahres das Konzept zur Optimierung der Aufzeichnungen der Beschlüsse und Beratungen der Landesregierung genehmigt». Die Ankündigung der Parlamentsoberaufseher, sie wollten im «Allerheiligsten des Bundeshauses» nach dem Rechten sehen, wirkte offenbar Wunder! P.A.

**MUBA – Tag der Frau mit starker Delegation der KMU Frauen Baselland.**

## Kongresszentrum fest in Frauen-Hand



Der «Tag der Frau» mit dem Thema «Netzwerke» motivierte an der diesjährigen MUBA zahlreiche interessierte Frauen und Männer zur Teilnahme.

«Netzwerke – warum wir nicht darauf verzichten können»: Unter diesem Motto wurde Anfang Februar im Rahmen der MUBA 2011 der traditionelle «Tag der Frau» durchgeführt. Namhafte politische Grössen – unter anderen der Baselbieter Regierungspräsident Jörg Krähenbühl mit seiner Regierungskollegin Sabine Pegoraro und die bekannte ehemalige Nationalrätin Rosmarie Zapfl – sowie ein attraktives Rahmenprogramm verliehen dem Trägerverein «Tag der Frau» und seiner Präsidentin

Josy Nussbaumer eine gut besuchte Veranstaltung.

### «Überlebenswichtige» Netzwerke

«Wär nit lugg loht, gwünnt»: Mit diesem Sprichwort leitete Regierungspräsident Jörg Krähenbühl seine Grussbotschaft zum diesjährigen Tag der Frau im Kongresszentrum Basel ein. Für den Baselbieter Regierungspräsidenten sind Netzwerke geschlechterneutral sowie für Frauen und Männer gleich wichtig. Was früher das Militär oder der Turnverein gewesen sei, um seine Netzwerke aufzubauen und zu pflegen, seien heute auch Online-Plattformen wie «Facebook» oder «xing».

Für e. Nationalrätin Frau Rosmarie Zapfl sind Netzwerke sogar überlebenswichtig, denn für sie gebe es keine Problemlösung ohne eine gute Vernetzung. In ihrem Referat sprach die CVP-Frau von ihren Erfahrungen als Präsidentin von «Alliance F», dem

grössten Schweizerischen Frauendachverband, der sich seit 110 Jahren für die Anliegen der Frauen engagiert.

### Dorfbrunnen der Moderne

Nach den überaus interessanten Referaten übernahm die SWR-Fernsehmoderatorin Ina Held das Wort. Nach ihrer Meinung förderten soziale Netzwerke die Gesundheit. Für sie gälten die neuen Kontaktstellen im Internet als Dorfbrunnen der Moderne.

Auf Frau Helds Frage, ob Frauen-Netzwerke der moderne Begriff für Kaffeeklatsch seien und Männer, die Networking pflegten, reinste Vetterwirtschaft betrieben, stellte die Basler Grossrätin Gülsen Oeztürk fest, dass es damals für sie als Immigrantin sehr schwierig gewesen sei, ohne Sprachkenntnisse und Beziehungen in der Schweiz ein Netzwerk aufzubauen. Durch diese Erfahrung wisse sie, wie wichtig es sei, dass auch Immigrationsfrauen eigene Kontakte aufbauten und pflegten.

### In Krisenzeiten Köpfe kennen

Oberst Doris Walther, Präsidentin der Offiziersgesellschaft Basel, konnte diese Aussage bestätigen. Sie betonte, dass auch in einer Partnerschaft jeder seine eigenen Netzwerke weiterpflegen sollte, denn gemäss ihrem Motto «KKK – in Krisenzeiten Köpfe Kennen», könnten die eigenen Beziehungen in Krisenzeiten sehr hilfreich sein.

Auch Andreas Burckhardt, Direktor der Handelskammer beider Basel, brachte zum Ausdruck, wie wichtig

gute Frauenorganisationen seien und dass KMU, aber auch Grossunternehmen, von diesen Vernetzungen nur profitieren könnten.

Charlotte Christ-Weber, ehemalige Vize-Weltpräsidentin der Pfadfinderinnen, konnte während ihres Amtes ein weltweites Netzwerk knüpfen. Leider habe sie aber in dieser Zeit erfahren, dass es nicht selbstverständlich sei, dass Mädchen und Frauen an der Bildung teilnehmen dürften. Für Sie ist die Armut ohnehin der grösste Feind der Frauenbildung.

### Auch sich selber einbringen

Fazit der Veranstaltung: Netzwerke sind heutzutage für beide Geschlechter nicht mehr wegzudenken. Für die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer war aber wichtig zu betonen, dass Netzwerke nur funktionieren können, wenn man sich selber einbringe und nicht nur davon profitieren wolle. M.V.



Spannende Podiumsdiskussion.



Regierungspräsident Jörg Krähenbühl und e. Nationalrätin Rosmarie Zapfl.



Congress Center Basel

Präsidentin Josy Nussbaumer begrüsst.

**Wieder**

**in die Regierung**

am 27. März 2011

**Ballmer**

**Krähenbühl**

**Pegoraro**

**Zwicky**



## UNTERNEHMENSFÜHRUNG

**REVISIONSRECHT** – Neue Vorschriften entlasten KMU nicht wie erwartet.

## Neue Lockerungen in der Pipeline

Statt 5500 lassen in der Schweiz nach wie vor über 20'000 Unternehmen ihre Bücher ordentlich prüfen. Damit sind für den Gesetzgeber seine Erwartungen – die Entlastung der KMU – nicht eingetroffen. Eine neue Lockerung der Revisionsvorschriften ist in der Pipeline. Die seit 2008 geltenden neuen Revisionsvorschriften sollten die KMU von administrativen Lasten befreien. Unternehmen mit einer Bilanzsumme unter 10 Mio. Fr. beziehungsweise einem Umsatz bis 20 Mio. und weniger als 50 Angestellten unterstehen seither einer eingeschränkten Revisionspflicht. 2009 waren das 63'000 Firmen.

### Hoher Anteil an freiwilligen Prüfungen

Unternehmen über dieser Schwelle müssen ihre Bilanzen von Prüfungsexperten ordentlich prüfen lassen. Hochgerechnet taten dies 2009 über 21'000 Unternehmen. Das ergab eine Erhebung des Wirtschaftsprüfer-Verbands, der Treuhand-Kammer, unter ihren 950 Mitgliedern. Das Resultat erstaunte die Kammer, war sie doch zuerst – wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) – von rund 5500 ordentlich Revisionspflichtigen ausgegangen. Kammerpräsident Albert Guntli bilanziert darum: Ziel nicht erreicht – obwohl das eigentlich den Interessen der Branche widerspricht. Bei der ursprünglichen Schätzung wurde wohl von einer geringeren Zahl «grösserer» KMU ausgegangen und auch unterschätzt, wieviele sich freiwillig – zugunsten ihres Aktionariats oder der Kreditgeber – einer ordentlichen Prüfung unterziehen.

### Zwei Fünftel der Schweizer Firmen verzichten auf eine externe Revision

Kleine Firmen mit weniger als 10 Angestellten können auf die Prüfung ihrer Bilanz ganz verzichten, wenn alle Gesellschafter einverstanden sind. Das nennt sich «Opting Out» und muss im Handelsregister ausgewiesen werden. Viele tun das, wie eine Erhebung des Wirtschaftsauskunft-Vereins Creditreform für 2010 nachweist. Nicht weniger als 41 Prozent aller Schweizer Firmen verzichteten auf eine externe Wirtschaftsprüfung – allen voran die GmbH. Diese insgesamt rund 144'000 Unternehmen sparten so rund 500 Mio. Fr. ein.

Den Verzicht auf die Revision nehmen vor allem kleine und neue Firmen mit geringer Bonität in Anspruch. Auf eine Prüfung verzichteten fast 70 Prozent aller GmbH, bei den Aktiengesellschaften waren es 30 Prozent. GmbH sind im Trend, seit 1996 explodierte ihre Zahl um 600 Prozent auf aktuell 123'000. AG mit tiefem Kapital wissen eine fast doppelt so hohe Opting-Out-Quote aus wie solche mit hohem.

Die Bonitäts- und Solvenz wächter von Creditreform beunruhigt dies: Neben den Unternehmen mit schwacher Bonität nähmen viele Jungfirmen das Opting-Out in Anspruch. Der Verein rechnet angesichts der vielen Neugründungen mit einer weiteren Zunahme der Insolvenzen. Die Zusammenhänge zwischen Pleiten und Verzicht auf Rechnungsprüfung will Creditreform noch untersuchen.

### Keine Opposition gegen weitere Liberalisierung

Trotz der Bedenken wegen der Bonität sperren sich weder Treuhand-Kammer noch Creditreform gegen die derzeit im Parlament behandelte weitere Revision der Prüfungsvorschriften. Nach dem Willen des Nationalrats sollen Firmen revisionspflichtig sein, die zwei der drei folgenden Kriterien erfüllen: eine Bilanzsumme von mindestens 20 Millionen Franken, einen Umsatz von mindestens 40 Millionen Franken und 250 oder mehr Vollzeit-Stellen.

Guntli von der Treuhand-Kammer sagt, tieferen Schwellen für die Revisionspflicht stünde nichts entgegen. Sie müssten aber in allen Gesetzestexten vereinheitlicht werden, etwa im Fusionsgesetz. Eine offene Frage bleibe bei der Besteuerung. Geprüfte Bücher stellten die Steuerbehörden vor eine relativ einfache Aufgabe. Anders sehe es bei ungeprüften Bilanzen aus. Eventuell müssten die Steuerverwaltungen personell aufgestockt werden. SDA.

## LINK

[www.treuhand-kammer.ch](http://www.treuhand-kammer.ch)

## STÄNDERAT – Frühjahrssession mit Unfallversicherung und IV-Revision.

# Es stehen wichtige Entscheidungen an

In der Frühjahrssession vom 28. Februar bis 18. März 2011 sind vor allem im Ständerat gewichtige sozialpolitische Geschäfte traktandiert, welche auch die Schweizer Arbeitgeber betreffen. So soll der Ständerat über die Revision des Unfallversicherungsgesetzes und über das erste Massnahmenpaket bei der 6. IV-Revision befinden.

Sowohl der Nationalrat als auch die Sozialkommission des Ständerats (SGK-S) haben sich bereits dafür entschieden, die Revision des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) an den Bundesrat zurückzuweisen. Nun soll der Ständerat in der bevorstehenden Session über die Vorlage befinden.

### Funktionierende Versicherung nicht destabilisieren

Die Entscheide des Nationalrats und der SGK-S sind im Sinne des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV), denn die Vorlage war in zentralen Punkten unbefriedigend. Es bestand gar die Gefahr, dass die gut funktionierende Unfallversicherung destabilisiert worden wäre.

Unbefriedigende zentrale Punkte waren:

- Der versicherte Höchstverdienst sollte von 126'000 auf rund 100'000 Franken gesenkt werden (Senkung der Deckung auf 85 bis 90 Prozent aller Löhne). Dies hätte eine Anhebung der Prämien in der Grundversicherung um rund 2 Prozent zur Folge gehabt.

- Die vorgesehene Anhebung des Mindestinvaliditätsgrades von 10 auf 20 Prozent hätte das finanzielle Risiko von Arbeitgebern (Haftpflicht) und Arbeitnehmenden erhöht, die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit belastet sowie die Wiedereingliederung erschwert.

- Die vorgesehenen Regeln für die an sich unbestrittene Beseitigung von Überentschädigungen im Pensionierungsalter waren technisch unbefriedigend, da sie neue Ungereimtheiten («Unterentschädigung



Der Ständerat berät in der Frühjahrssession wichtige sozialpolitische Geschäfte.

älter Verunfallter) hervorgebracht hätten.

Der SAV plädiert deshalb dafür, den Rückweisungsbeschluss des Nationalrates im Sinne des Antrages auch im Ständerat zu bestätigen: Die Vorlage soll an den Bundesrat zurückgewiesen werden mit dem Auftrag, den Umfang der Revision noch einmal zu überprüfen und allenfalls die Revisionsvorlage auf das Notwendigste zu beschränken. Die Problematik der Überentschädigung ist unter Einbezug der beruflichen Vorsorge zu prüfen und in angemessener Weise anzupassen.

### 6. IV-Revision: Rasche Verabschiedung nötig

Der Bundesrat hatte mit der Botschaft vom 24. Februar 2010 den Ent-

wurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung – 6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket – vorgelegt. Der Ständerat beriet die Vorlage in der Sommersession 2010 und folgte weitgehend den Vorschlägen des Bundesrats.

Der Nationalrat übernahm in der Wintersession 2010 in wesentlichen Teilen die Beschlüsse des Ständerats, wobei aber verschiedene Punkte sehr umstritten waren. Insbesondere verzichtete die grosse Kammer erst nach langer Diskussion und entgegen dem Antrag ihrer vorberatenden Kommission auf die Einführung einer «Behinderten-Integrationsquote» für Arbeitgeber. Die Differenzbereinigung soll nun in der Frühjahrssession erfolgen.

### Nationalratsentscheid weitgehend im Sinne der Arbeitgeber

Der Schweizerische Arbeitgeberverband unterstützt weitgehend die vom Nationalrat verabschiedete Vorlage. Sie erfüllt im Wesentlichen die vom SAV für die Revision formulierten Voraussetzungen:

- Der Arbeitsversuch und das Wiederaufleben der IV-Rente aus der 2. Säule im Obligatorium und Überobligatorium werden klar geregelt. Insbesondere zur Frage einer praxistauglichen Regelung des Arbeitsversuches unter arbeitsrechtlichen Aspekten hat sich der SAV bei der Ausarbeitung der Vorlage stark engagiert. Die nun vorliegende Fassung nimmt seine Anregungen auf und fördert die Integration.

- Das normierte Modell beim Wiederaufleben der IV-Rente aus der 2. Säule (Obligatorium und Überobligatorium) besticht durch seinen pragmatischen Ansatz. Es fördert die Reintegrationsbemühungen seitens der Versicherten und vermeidet Auseinandersetzungen zwischen der alten und neuen Vorsorgeeinrichtung.

- Die Anpassung des Finanzierungsmechanismus ist eine logische Konsequenz der mit dem Ja zur IV-Zusatzfinanzierung dokumentierten Verselbständigung der IV.

- Die Einführung des Assistenzbeitrages (Voraussetzung der Kostenneutralität) schafft willkommene Optionen zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit.

### Rasch 2. Teil folgen lassen

Der SAV plädiert dafür, dem vorliegenden ersten Teil der 6. IV-Revision rasch einen zweiten Teil folgen zu lassen. Dieser soll nicht nur das strukturelle Defizit der IV ab 2018 eliminieren, sondern auch die Voraussetzungen für die Rückführung der aufgelaufenen Schulden schaffen.

Der SAV erachtet eine rasche Verabschiedung der Revision als vordringlich, damit der neue Finanzierungsmechanismus möglichst bald angewendet werden kann. (Quelle SAV)

## LINK

[www.arbeitgeber.ch](http://www.arbeitgeber.ch)

## NATIONALRAT – Sozialpartnerschaftlichen Spielraum nicht einschränken.

# Nein zur Initiative für zusätzliche Ferien

Die nationalrätliche Wirtschaftskommission hat beschlossen, der parlamentarischen Initiative «Mindestens fünf Wochen Ferien für Personen über 50» keine Folge zu geben. Der Schweizerische Arbeitgeberverband begrüsst den Entscheid. Er lehnt die Vorstösse für zusätzliche Ferien entschieden ab.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) hat mit 13 zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen, dem Vorstoss – er will den Beschäftigten ab dem 50. Altersjahr eine zusätzliche Ferienwoche gewähren – keine Folge zu geben. Die Kommission schloss sich damit dem Beschluss der WAK des Ständerats an, welche der Initiative ebenfalls keine Folge gegeben hatte.

### Gegen weitere Erhöhung der Arbeitskosten in der Schweiz

Die Entscheide der beiden Wirtschaftskommissionen sind im Sinne des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV). Er lehnt die geplante Ferieninitiative von Travail Suisse («6 Wochen Ferien für alle») wie auch die weiteren parlamentarischen Initiativen entschieden ab, die in der Frühjahrssession vom Na-

tionalrat behandelt werden sollen. Die Vorstösse für zusätzliche Ferien sind für die Mehrzahl der Beschäftigten unnötig, schränken den Spielraum für sozialpartnerschaftliche Lösungen ein und setzen ein falsches Signal zur weiteren Erhöhung der Arbeitskosten am Standort Schweiz.

Der gesetzliche Ferienanspruch in der Schweiz beträgt zwar vier Wochen pro Jahr. Viele Arbeitnehmende profitieren jedoch heute schon von grosszügigen Gesamtarbeits- und Firmenregelungen, welche weit über das gesetzliche Minimum hinausgehen.

So erhalten die Beschäftigten in der Bauwirtschaft, in der Druck- bzw. graphischen Industrie und in der Uhrenindustrie bis zum 50. Altersjahr fünf Wochen und danach sechs Wochen Ferien. Die chemisch-pharmazeutische Industrie hat eine fast ebenso grosszügige Lösung. In der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) sind sogar die 40- bis 50-Jährigen noch besser gestellt. Auch in anderen Branchen liegen die effektiven Ferienansprüche – vor allem für die mittleren und oberen Alterskategorien – deutlich über vier Wochen.

### Arbeitsatmosphäre wichtiger als reine Feriendauer

Zudem haben die Beschäftigten noch acht bis zehn bezahlte Feiertage. Von einem Feriendefizit der schweizerischen Beschäftigten kann deshalb keine Rede sein.

Ferien, Freitage und Arbeitszeit bilden zusammen mit der Entlohnung

und den Lohnnebenleistungen ein Gesamtpaket innerhalb der Arbeitsbedingungen. Auch für ältere Arbeitnehmende – also jene, welche die von den beiden Wirtschaftskommissionen abgelehnte Initiative besser stellen will – ist die Dauer der Ferien nur ein Aspekt der Arbeitsbedingungen. Die Arbeitsatmosphäre, die Wertschätzung und das selbstbestimmte Arbeiten usw. sind nach Ansicht des SAV für das Wohlbefinden und die Gesundheit letztlich wichtiger als die reine Dauer der Ferien. (Quelle SAV.)




Gesetzlich erhöhte Ferien schränken den sozialpartnerschaftlichen Spielraum ein.



Interessant auch für Geschäftskunden und Flottenbesitzer

## Modernste PW-Textilwaschstrasse

Schonend, umweltfreundlich und an Toplage



Föllinsdorf  
Umfahrung H2  
Schild - Areal  
Altmarkt / Sissach

Rheinstrasse  
Liestal Nord  
Liestal  
Schauenburgerstrasse

Frenkendorf  
Industriestrasse 13  
Bahnhof Liestal

Autobus AG Liestal

Mo – Fr 8 – 19<sup>00</sup>  
Sa 8 – 18<sup>00</sup>

**willkommen...**  
**autobus.ag..liestal...**

Autobus AG Liestal, Industriestrasse 13, 4410 Liestal [www.aagl.ch](http://www.aagl.ch)

**BILDUNGSZENTRUM kvBL**  
Reinach, Muttenz, Liestal.

## Alleskönner gesucht.

Sie können viel, aber wollen mehr.  
Beweisen Sie Ihre Fähigkeiten.  
Einfach und praxisnah mit dem  
Zertifikat Fachfrau/Fachmann KMU.

Mehr auf  
[www.bildungszentrumkvbl.ch/alleskoenner](http://www.bildungszentrumkvbl.ch/alleskoenner)

Bildungszentrum. Aufwärts, bitte.



**WBZ**

**ALLES UNTER EINEM DACH**

**Unsere Dienstleistungen:**  
Grafisches Service-Zentrum  
EDV · Treuhand  
kreativAtelier · Restaurant Albatros

**Kompetent. Persönlich. Sympathisch.**

**Wohn- und Bürozentrum für Körperbehinderte**  
Aumattstrasse 70–72 · Postfach · CH-4153 Reinach 1  
Telefon 061 717 71 17 · Fax 061 717 71 00  
info@wbz.ch · www.wbz.ch



# Der Grund: Die Gründung.

Wir sind auf dem Sprung –  
und gründen Ihre Firma mit.

Wer den Sprung in die Selbständigkeit wagt, tut dies  
besser nicht allein. Wir wissen wie man springt – und  
schwimmt. Was es braucht, wie tief es ist. Aus Erfahrung.  
Unsere Mitglieder lassen wir nicht strampeln.  
Tauchen Sie bei uns auf.

**WIRTSCHAFTSKAMMER**  
**BASELLAND**

#### Haus der Wirtschaft

Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für KMU  
aus Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie  
Altmarktstrasse 96 Tel. 061 927 64 64  
CH-4410 Liestal Fax 061 927 65 50

[www.kmu.org](http://www.kmu.org)



## PUBLIREPORTAGE

**SEMINAR** – «Strategisches Management mit dem General Management Navigator» am 24. März 2011 in Basel.

## Aus Irrtümern lernen

«Unternehmer und Führungskräfte erhalten ein integriertes Verständnis von Strategie- und Wandelarbeit in Unternehmen», sagt Studienleiter **Dr. Ralf Andreas Thoma** vom Betriebswirtschaftlichen Institut & Seminar Basel zu den Zielen der praxisbezogenen Veranstaltung.

Das von **Prof. Günter Müller-Stewens** und **Prof. Christoph Lechner** von der Universität St.Gallen entwickelte Tool «General Management Navigator» (GMN) geht der Frage nach, wodurch Strategisches Management und seine grundsätzliche Denkweise gekennzeichnet sind.

Unternehmen sollen so aus Irrtümern lernen, Planung soll in Zukunft den Zufall durch Irrtum ersetzen. Neben den Aspekten der unmittelbaren Gestaltung wird laut Dr. Ralf Andreas Thoma die Reflexion über die zentralen Arbeitsinhalte des strategischen Managements ausführlich behandelt. Die Teilnehmer sollen dabei Strategien als Muster in einem Strom von Entscheidungen zu zukünftigen Verhaltensoptionen erkennen.

Im Rahmen der eintägigen Veranstaltung bespricht Referent **Dr. Sven Köhler** (Universität St.Gallen) die Grundlagen und Elemente des GMN. Zahlreiche Beispiele und Übungen sollen helfen, das Erlernte auf das eigene Unternehmen, den Bereich oder die Abteilung zu übertragen.

**Übung Strategisches Management**  
24. März 2011, 09.30 bis 17.30 Uhr,

Veranstaltungsort: Hotel Basel  
Seminargebühr: CHF 380.–

**Informationen und Anmeldung:**

Betriebswirtschaftliches Institut und Seminar Basel AG  
Eisengasse 6, 4051 Basel  
Telefon 061 261 2000  
www.bwl-institut.ch

## LINK

www.bwl-institut.ch

## RATGEBER

**ÜBERSICHT** – Perspektiven für Kaufleute nach der Lehre.

## «KV – was nun?»

Seit fast zwei Jahrzehnten gibt das Buch «KV – was nun?» einen breiten Überblick über die vielen Möglichkeiten der kaufmännischen Aus- und Weiterbildung und bildet so eine wichtige Grundlage für die Karriereplanung. Das auch in der Berufs- und Laufbahnberatung sehr geschätzte Werk ist nun in der 8. vollständig überarbeiteten und aktualisierten Auflage erschienen.

Im kaufmännischen Berufsfeld sind die Anforderungen an die Berufsleute in den letzten Jahren stetig gestiegen. Für anspruchsvolle Tätigkeiten genügt das in der beruflichen Grundbildung Erlernte meistens nicht mehr. Immer mehr Funktionen und Berufslaufbahnen setzen einen oder gar mehrere Abschlüsse im Rahmen der Höheren Berufsbildung oder der (Fach-)Hochschulen voraus. Um beruflich fit zu bleiben, ist deshalb ständige Weiterbildung angesagt.

«KV – was nun?» bietet einen breiten Überblick über die wichtigsten anerkannten Aus- und vor allem Weiterbildungen im kaufmännischen Bereich. Es soll gelerntem Kaufleuten Ansporn sein, das Erlernte mit Ideenreichtum, Durchhaltewillen und Entdeckungsfreude umzusetzen und mit Weiterbildung zu ergänzen.

**«KV – was nun?»**

8. vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage 2011, 208 Seiten, broschiert, 4-farbig: CHF 32.–  
Art.-Nr. L11-3055, ISBN 978-3-908003-05-2  
Bestellmöglichkeit über:

## LINK

www.shop.sdbb.ch

**WEITERBILDUNG** – Wertvolles Auslandpraktikum für Auszubildende am Oberrhein.

# «Euregio-Zertifikat»: Fitnessstraining für grenzüberschreitende Wirtschaftsprozesse

Wirtschaftsprozesse werden zunehmend internationaler, was nicht nur für die KMU der Region, sondern auch für die jungen Berufsleute eine Herausforderung darstellt. Die Mobilität in Aus- und Weiterbildung entwickelt sich daher zu einem immer wichtigeren Instrument der beruflichen Integration. Die trinationale Region am Oberrhein bietet Jugendlichen und Erwachsenen vielfältige Möglichkeiten zur Qualifizierung und Beschäftigung. Die Oberrheinregion erstreckt sich von Solothurn bis Ludwigshafen und beheimatet knapp 6 Millionen Menschen. Sie ist Heimat etlicher international tätiger Life Science Unternehmen und Forschungszentren sowie zahlreicher KMU. Dies ermöglicht jungen Berufsleuten vielfältige Möglichkeiten.

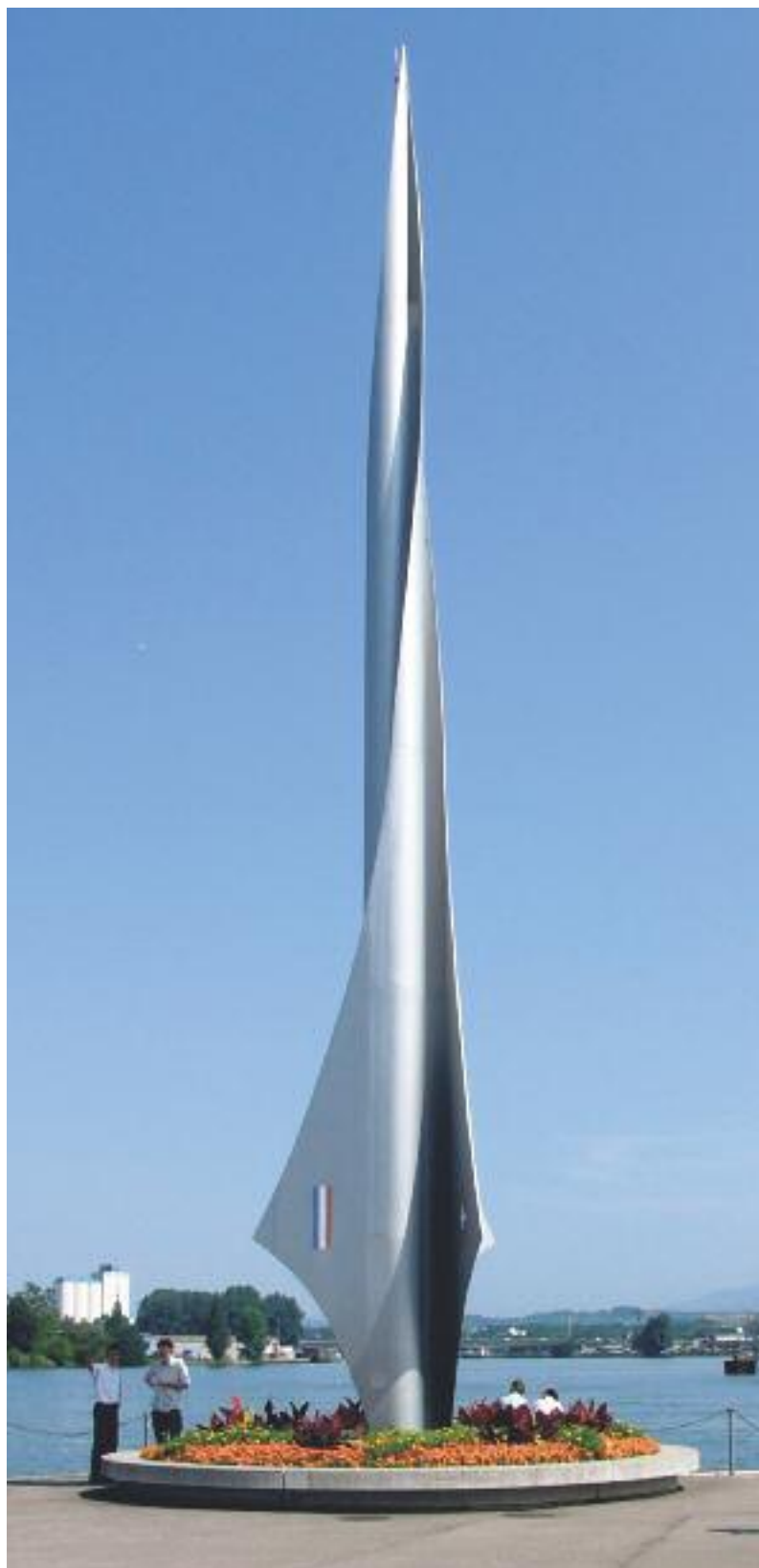
## Erfahrungen im benachbarten Ausland sammeln

Eine Möglichkeit, bereits während der Ausbildung Erfahrungen im benachbarten Ausland zu sammeln, ermöglicht das Projekt «Euregio-Zertifikat». Es bietet den Auszubildenden und Berufsschülern in der Region am Oberrhein die Möglichkeit, während der Ausbildung ein mindestens vierwöchiges Auslandspraktikum zu absolvieren. Ziel des Projekts ist es, dass möglichst viele Auszubildende berufliche Erfahrungen im grenznahen Ausland sammeln und ihre Fremdsprachenkenntnisse sowie ihre interkulturellen Erfahrungen fördern.

In den vergangenen Jahren kamen dank dem Projekt bereits über 1000 grenzüberschreitende Praktika zustande. Im letzten Jahre nutzten fast 40 Schweizer Auszubildende dieses Angebot. Im Gegenzug kamen fast 80 Auszubildende aus Frankreich und Deutschland für ein Praktikum in die Schweiz.

## Grosse Vorteile für die Auszubildenden

Die Auszubildenden erleben die Arbeitswelt, Mentalität und Kultur des Nachbarlandes und knüpfen Kontakte jenseits der eigenen Landesgrenze. Sie lernen neue Arbeitsmethoden und andere Unternehmenskulturen kennen. Ein Auslandspraktikum verbessert zudem die Fremdsprachenkenntnisse und fördert die eigene Persönlichkeitsentwicklung sowie wichtige Schlüsselqualifikationen wie interkulturelle Kompetenz, Toleranz, Offenheit, Kreativität, Flexibilität und Mobilität. Nach Abschluss der Ausbildung erhalten



Das «Euregio-Zertifikat» öffnet für Auszubildende die Horizonte über die Landesgrenzen am Oberrhein hinaus.

BILD MEIER-FOTOLIA

die Absolventen eines Auslandspraktikums das «Euregio-Zertifikat» und den «Europass Berufsbildung» – ein Plus für die spätere Bewerbung!

## Gewinn für das Unternehmen

Ein Auslandspraktikum motiviert die jungen Mitarbeitenden und gibt

ihnen mehr Erfahrung und Selbstständigkeit. Die im Praktikum erworbenen Kenntnisse, Kompetenzen und Arbeitstechniken fliessen in die tägliche Arbeit im Ausbildungsbetrieb zu Hause ein. Ein innovativer Ausbildungsbetrieb gewinnt an Reputation und steigert

damit seine Wettbewerbsfähigkeit. Die Teilnahme am Projekt «Euregio-Zertifikat» eröffnet den Unternehmen ausserdem Chancen, interessante Partner für Kooperationen kennen zu lernen. Die auszubildenden Personen und die an der Weiterbildung beteiligten Unternehmen erhalten ebenfalls das «Euregio-Zertifikat» anlässlich einer jährlichen offiziellen Feier.

## Wer kann teilnehmen?

Auszubildende oder auch Schülerinnen und Schüler einer berufsqualifizierenden Vollzeitschule in einem anerkannten Ausbildungsberuf können ein Auslandspraktikum absolvieren. Wichtige Voraussetzungen für die Teilnahme sind persönliches Interesse, die Zustimmung des Betriebs bzw. der Ausbildungsstätte sowie Grundkenntnisse oder Interesse an der Sprache des Gastlandes.

## Wie läuft das Praktikum ab?

Die Praktikumsdauer beträgt mindestens vier Wochen in einem Land des Oberrheingebietes. Auf Wunsch wird bei der Suche nach einem Praktikumsplatz und einer Unterkunft Unterstützung über das Netzwerk für Berufsbildung am Oberrhein geleistet. Hinsichtlich der Entlohnung wird auf deutscher und schweizerischer Seite die Ausbildungsvergütung durch den Ausbildungsbetrieb weiterbezahlt. Eine zusätzliche Förderung ist möglich.

Wichtig ist der Versicherungsschutz: Alle Versicherungen aus dem Heimatland gelten in der Regel weiter (Ausstrahlungsprinzip). Es wird jedoch dringend empfohlen, die Gültigkeit des Ausstrahlungsprinzips direkt bei den Versicherungen abzuklären und gegebenenfalls eine Zusatzversicherung abzuschliessen.

## Weitere Informationen zum «Euregio-Zertifikat»

Interessierte Lernende und Ausbildungsbetriebe können sich an die Berufsbildungsämter der Kantone Aargau, Baselland, Basel-Stadt, Solothurn und Jura wenden.

Alexander Frei  
Dr. iur., Advokat,  
Arbeitgeberverband Basel

Weitere Informationen und Unterlagen zum «Euregio-Zertifikat» sind im Internet verfügbar unter:

## LINK

www.euregio-zertifikat.de

**diga**  
möbel

Jetzt **Sonderangebote**  
zum Zugreifen!

# BÜRO-KOMPETENZ.

diga ist das Kompetenz-Zentrum für die KMU. Wir planen Ihr Büro, vom einfachen Schreibtisch bis zur komplexen Bürolandschaft.

3400 Burgdorf/Bern	8600 Dübendorf/Zürich	8854 Galgenen/SZ
1023 Crissier/Lausanne	6032 Emmen/Luzern	4614 Hägendorf/Olten
8953 Dietikon/Zürich	1700 Fribourg Nord	9532 Rickenbach/Wil

I d'iga muesch higa!

[www.diga.ch](http://www.diga.ch)

# UBS Hypothek «renovation»: *0% Zins* während 6 Monaten\*.

Jetzt mit einer UBS Hypothek «renovation»  
Ihr Eigenheim noch günstiger renovieren und  
während sechs Monaten keinen Hypothekarzins  
dafür bezahlen. Erfahren Sie mehr zu diesem  
Angebot bei Ihrem UBS-Berater oder unter  
0800 884 556.

**[ubs.com/renovation](http://ubs.com/renovation)**

\* auf maximal CHF 150 000 bei einer festen Laufzeit  
von drei Jahren und einer Gesamtfinanzierung  
der Liegenschaft durch UBS

